In Berlin gibt es derzeit ***20*** *Sammelunterkünfte und* ***10*** *Notunterkünfte. Tendenz steigend.*

2010 *lebten* ***15%*** *aller Asylsuchenden in Berlin in Sammelunterkünften,* ***2013*** *sind es bereits fast* ***50%****.*

Von den jährlich ***275*** *zugesicherten landeseigenen Wohnungen für Flüchtlinge sind 2011 nur rund* ***30%*** *und 2012 nur ca.* ***50%*** *vergeben worden.*

Die Unterbringung in Sammelunterkünften ist extrem teuer: ***460€ pro Monat und Person.*** *Bei einer vierköpfigen Familie sind das allein für die Unterkunft* ***1.840€ monatlich.*** *Privatwohnungen sind viel kostengünstiger.*

In Berlin leben rund ***12.000 Menschen****, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen.* Stand Juni 2013



IHR ANSPRECHPARTNER



FABIO REINHARDT

geboren 1980 in Warendorf • Freier Journalist

freinhardt@piratenfraktion-berlin.de
twitter.com/Enigma424
www.fabioreinhardt.de
+49 (0) 30 23 25 26 63



KONTAKT

Wir freuen uns über Ihr Interesse an unserer Arbeit.
Sie erreichen die Fraktion unter:

Piratenfraktion im Abgeordnetenhaus von Berlin

Adresse:

Niederkirchnerstraße 5
10117 Berlin

Web:

www.piratenfraktion-berlin.de

E-Mail:

post@piratenfraktion-berlin.de

Telefon:

+49 (0) 30 23 25 26 11



LEBEN AUF 6M²

So wohnen Flüchtlinge in Berlin

PIRATENFRAKTION
im Abgeordnetenhaus von Berlin

Wer in Deutschland Asyl beantragt, wird Teil einer simplen Rechenaufgabe. Nach dem „Königsteiner Schlüssel“ wird festgelegt, welches Bundesland oder sogar welcher Landkreis den Flüchtling aufnehmen muss. Diese Verteilungsquoten auf die Länder richten sich nach Steuereinnahmen und Bevölkerungszahl.

Seit 2009 steigen die Zahlen der Asylsuchenden, doch der Senat hat es schlichtweg versäumt, ausreichende Wohnmöglichkeiten bereitzustellen. Daher sind die verfügbaren Kapazitäten erschöpft. Senat und Bezirke schieben sich gegenseitig die Schuld zu.

EIN SCHLECHTER ANFANG

Erstaufnahmeeinrichtungen

Asylsuchende müssen bis zu drei Monaten in einer Erstaufnahmeeinrichtung verbleiben. Diese Einrichtungen sind teilweise in einem desaströsen baulichen Zustand wie beispielsweise in der Motardstraße in Spandau.



Alle Fotos in diesem Faltblatt stammen von Besuchen in der Erstaufnahmeeinrichtung für Flüchtlinge in der Motardstraße in Berlin und im Abschiebegewahrsam Köpenick.



DIE ZEIT DANACH - ES WIRD NICHT BESSER

Sammelunterkünfte

Derzeit gibt es rund 30 Sammelunterkünfte in Berlin. Sie werden von Wohlfahrtsverbänden wie der AWO oder von privaten Trägern wie PRISOD oder PEWOBE betrieben. Standards für die Unterkünfte werden individuell zwischen Land und Betreiber geregelt. Sie sind häufig veraltet, unklar und nicht ausreichend. So stehen jedem Flüchtling in der Regel nur sechs Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung. Sanitäranlagen und Aufenthaltsräume sind meist ungenügend und bislang wurde der Anspruch auf Telekommunikation und Internet noch nicht überall umgesetzt.

Wohnungen

Nur die Hälfte der Flüchtlinge lebt in eigenen Wohnungen, obwohl dies allein schon aus Kostengründen grundsätzlich einer Sammelunterkunft vorzuziehen ist. Allerdings machen Wohnraumknappheit und gestiegene Mietpreise den Asylsuchenden genauso wie Geringverdiener_innen und Arbeitsuchenden zu schaffen und die landeseigenen Wohnungsgesellschaften stellen nur einen Teil der vertraglich vereinbarten 275 Wohnungen zur Verfügung.

Notunterkünfte

Seit September 2012 richtet das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) im ganzen Stadtgebiet Notunterkünfte ein, die meist nicht den Mindeststandards für Sammelunterkünfte entsprechen.

Wir fordern:

- Die Erstaufnahmeeinrichtung in der Motardstraße muss sofort geschlossen und Ersatz dafür geschaffen werden.

- Private Wohnungen sind einer Sammelunterbringung vorzuziehen.

- Die landeseigenen Wohnungsgesellschaften müssen ihre vertraglich zugesicherten Kontingente von 275 Wohnungen für Asylsuchende bereitstellen und erhöhen.

- Kaution oder Genossenschaftsanteile müssen von den Sozialbehörden übernommen werden. Die Mietrichtwerte müssen den Realitäten auf dem Berliner Wohnungsmarkt angepasst werden.

- Wir brauchen mehr Sozialarbeiter_innen, die den Flüchtlingen bei der Wohnungssuche helfen.

- Sammelunterkünfte soll es zukünftig nur in Form von kleinen, innovativen Gemeinschaftsprojekten für bestimmte Zielgruppen wie Alleinerziehende oder Traumatisierte geben.

- Die Mindeststandards für Sammelunterkünfte müssen deutlich verbessert werden.

- Notunterkünfte dürfen keine Substandards erzeugen.



Unser Ziel

Asylsuchende müssen ein Recht auf menschenwürdiges Leben in einer eigenen Wohnung haben. Bezirke müssen rechtzeitig vom Senat über Neuzugänge informiert werden, damit die Beschulung der Kinder von Anfang an gewährleistet werden kann.